

Ein Verbot des Kopftuchs an Schulen schliesst nicht aus, es integriert

Wenn wir künftig an unseren Schulen das Tragen von Kopftüchern verbieten, transportiert das eine klare Botschaft an Mädchen und junge Frauen. Sie lautet: Unterwirf dich nicht, integriere dich! Das passt zu einem säkularen Staat, findet André Seidenberg

Die Abschaffung der männlichen Ordnung geschah in unserem Staat bekanntlich vor noch nicht allzu langer Zeit. Und dieser Prozess der Zivilisation geht bis heute weiter. In den Kantonen Zürich und St. Gallen gibt es gegenwärtig politische Vorstösse für ein Kopftuchverbot an Schulen, trotz einem Urteil des Bundesgerichts, das 2015 ein Kopftuchverbot als unverhältnismässigen Eingriff in die Religionsfreiheit betrachtete.

Das Kopftuch erinnert an die Unterdrückung von Frauen und Mädchen. Noch unsere Grossmütter haben ihre Mittsamkeit und ihren Gehorsam gegenüber der von Männern gemachten Ordnung mit einem Kopftuch signalisieren müssen. Heute schicken Mütter aus patriarchalen Kulturen ihre kleinen Töchter wieder mit einem Kopftuch in die Schulen. Was beweisen sie ihrem Gatten? Was zeigen sie ihren Töchtern? Was demonstrieren sie uns damit?

Ein Kopftuch kann den weiblichen Körper gleichzeitig verbergen und als Besitz darstellen. In liberalen Gesellschaften mag es auch als Ausdruck von Selbstbewusstsein getragen werden, aber häufig reicht das Ausmass der mit dem Kopftuch verbundenen Unterdrückung in

tiefste patriarchale Abgründe. Unter diesem Stück Tuch verbirgt sich oft die krasse Beschneidung und körperliche Verstümmelung der weiblichen Selbstbestimmung und Sexualität, nicht nur im islamischen Afrika und in Asien.

In meiner jahrzehntelangen, auch gynäkologischen ärztlichen Praxis habe ich viele dieser Frauen untersucht. Das Leid war oft unaussprechlich. Die männlichen Begleiter meiner Patientinnen – Schwängerer, Freunde, Gatten, Väter oder Brüder – fühlten sich berufen, für ihre Frauen das Gespräch zu führen. Sie mussten so offensichtlich ihre Verfügungsgewalt demonstrieren. Obwohl ein ungestörtes Gespräch mit der Frau natürlich unumgänglich war. Gelegentlich musste ein solche sogar erzwungen werden. Wie oft zeigte sich erst dann die ganze Angst, traten völlig andere Wünsche zutage. Wie oft durfte der endlich im Wartezimmer platzierte Mann nichts von einer unerwünschten Schwangerschaft wissen. Nicht selten konnte die Frau sich mit uns viel besser in einer gemeinsamen Sprache verständigen als der männliche Begleiter, der eben noch auf seiner Rolle als unentbehrlicher Dolmetscher bestand.

Oft müssen Frauen ihre Kompetenz und ihren autonomen Willen verbergen, um unter dem Deckmantel der Religion männliche Egos zu schützen. Aber unser Staat schützt keine männlichen Machtansprüche, auch nicht solche, die sich auf die religiöse Freiheit berufen.

Die Rechte des Individuums entwickelten sich in Europa zuerst aus der Diskussion um religiöse Freiheit und Selbstbestimmung. Diese Diskussion kann nie abgeschlossen sein. Denn religiöse Macht wurde immer auch zur Unterdrückung missbraucht. Der Staat aber garantiert die individuellen Rechte und beschneidet die Machtansprüche von Dritten.

Nun endet die Macht der Eltern an den Toren zur Schule natürlich nicht vollständig. Aber der

Staat garantiert den Kindern die Freiheit, die sie brauchen. Eltern haben ein individuelles Mitspracherecht daran, was mit ihren Kindern an der Schule geschieht. Aber der Staat schafft in seinen Schulen den Freiraum, den Kinder brauchen, um sich selbstbestimmt in unsere Gesellschaft einfügen zu können. Ein Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen kann da helfen.

Sicher, die Schule hat auf individueller Ebene auch andere Mittel, um zu helfen und um Schaden abzuwenden. Aber der Staat ist in Bezug auf sich selbst nicht wertfrei, die staatliche Stellungnahme für einen freien Menschen ist zwingend und notwendig. Ein Kopftuchverbot an Schulen ist eine Möglichkeit, die unbedingt wahrgenommen werden sollte.

Ein Kopftuchverbot ist im Übrigen auch etwas völlig anderes als das identitäre Minarett-Verbot. Die Forderung nach einem Kopftuchverbot signalisiert kein «Wir gegen die anderen», sondern das exakte Gegenteil davon. Es geht um Integration, nicht um das Ausschliessen von Menschen. Das ist ein legitimes Anliegen, auch wenn hinter den gegenwärtigen politischen Vorstössen fremdenfeindliche und sogar rassistische Motive vermutet werden müssen.

Mit einem Kopftuchverbot an ihren Schulen sagt unsere Gesellschaft den Mädchen und jungen Frauen: Unterwirf dich nicht! Integriere dich! Ich, der Staat, schütze dich vor Herrschaftsansprüchen Dritter. Wir wollen und brauchen dich als selbstbestimmte Frau, als Teil unserer Gesellschaft. Die Schule bietet dazu die Möglichkeit und den Raum.

ANDRÉ SEIDENBERG, 1951, war über 40 Jahre lang allgemeinmedizinisch praktizierender Arzt in Zürich. In Zusammenarbeit mit Universität und Stadtspital Zürich führte er neue Methoden für den ambulanten Schwangerschaftsabbruch (One-Stop Medical Termination of Pregnancy) in der Schweiz ein. Auch engagierte er sich für einen schadensmindernden Umgang mit Drogen.